

3 Programm für den Staatsfeiertag steht
Diese Musiker und Vereine präsentieren sich beim Volksfest in Vaduz.

7 Staatspersonal, Notruf und Auftragsvergabe
Verschiedene politische Weichenstellungen kurz vor der Sommerpause.

13 FCV-Neuzugang Maurice Brunner
Ruhe nach turbulenten Zeiten
«Es tut gut, wieder spielen zu können»



Volksblatt

GROSSAUFLAGE

Donnerstag, 14. Juli 2016
139. Jahrgang Nr. 158

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

Lehrabschluss Neuer Lebensabschnitt kann beginnen



Lehrabschlussprüfung bestanden: 360 Absolventen durften kürzlich das Fähigkeitszeugnis in Empfang nehmen.

Die Ausbildung bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Karriere. **Beilage**

Inland Der Liechtensteiner Spitzenkoch und Gastronom Emil Real ist im Alter von 86 Jahren gestorben. **Seite 3**

Ausland David Cameron ist zurückgetreten, damit ist Theresa May die neue britische Premierministerin. Aussenminister wird Boris Johnson. **Seite 10**

Sport Kickboxer Michael Lampert feiert seinem Karrierehöhepunkt entgegen. Er kämpft gegen Davide Messi-neo um den WM-Titel. **Seite 16**

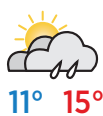
Zitat des Tages

«Frauen sind vollkommen, ob mit oder ohne Mann, mit oder ohne Kind.»

JENNIFER ANISTON

DIE US-SCHAUSPIELERIN HATTE DIE NASE VOLL VON SCHWANGERSCHAFTSGERÜCHTEN. IN EINEM OFFENEN BRIEF AN DIE «HUFFINGTON POST» KRITISIERTE SIE DAS HERRSCHENDE FRAUENBILD UND STELLTE KLAR, DASS FRAUEN NICHT HEIRATEN ODER MÜTTER WERDEN MÜSSEN, UM VOLLSTÄNDIG ZU SEIN.

Wetter Weiterhin wechselhaft, lokal kräftige Schauer möglich. **Seite 22**



Inhalt

Inland 2-9 **Kultur** 19+21
Ausland 10 **Kino/Wetter** 22
Wirtschaft 11+12 **TV** 23
Sport 13-17 **Panorama** 24

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verband Südostschweiz



ANZEIGE

Sieg über die Zigarette!

Werden Sie Nichtraucher, in 1 Stunde ohne Stress mit Garantie



TABAC-Stop-Center
Masanserstr. 17, 7000 Chur
Tel. 081 253 04 70
www.mittner.ch

Regierung setzt neue Massstäbe bei Qualitätssicherung in Spitälern

Anforderungen Die Regierung hat in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause das sogenannte «Zürcher Modell» als Qualitätsstandard bei Spitälern in Liechtenstein festgelegt. Der Patient soll sich darauf verlassen können, dass sich im Gesundheitswesen eine Mindestqualität durchsetzt, findet die Regierung.

VON DORIS QUADERER

Die Regierung orientiert sich dabei an einem Spitalplanungs-Instrument, das in Zürich entwickelt und in der Folge als «Zürcher Modell» von mehreren Kantonen auf Empfehlung der Gesundheitsdirektorenkonferenz übernommen worden ist. Kern dieses «Zürcher Modells» sind 125 Leistungsgruppen aller medizinischen Fachbereiche, an die spezifische Mindestanforderungen gestellt werden. So müssen beispielsweise gewisse Standards eingehalten werden, was die Verfügbarkeit von Fachärzten oder die Bereitschaftszeiten von Notfall- und Intensivstation betrifft. Ausserdem gelten Mindestfallzahlen, um eine Leistung anbieten zu dürfen. Da sich dieses Modell mittlerweile in praktisch allen Schweizer Kantonen durchgesetzt habe, habe die Regierung beschlossen, dieses nun auch für Liechtenstein zu übernehmen. Der Staat schliesst daher nur noch mit Spitälern Leistungsverträge ab, in denen diese Mindestqualität sichergestellt ist.

Routine bringt mehr Sicherheit

Die im «Zürcher Modell» festgelegten Mindestfallzahlen seien nicht extrem hoch, erklärte Mauro Pe-



Hohe Qualität kostet zwar, aber hier sparen zu wollen, wäre falsch, denn der Zugang aller Versicherten zu einer qualitativ hochstehenden Versorgung sei essenziell für unser Gesundheitswesen, findet Gesundheitsminister Pedrazzini. (Foto: SSI)

drazzini auf die Frage, ob das Landesspital genügend gross sei, diese in den angebotenen Bereichen zu erreichen. Ausserdem orientiere sich das Landesspital schon länger an diesen Qualitätsstandards, die Schliessung der Geburtenabteilung in Vaduz sei beispielsweise eine Folge davon gewesen. Laut Pedrazzini dienen diese Mindestfallzahlen der Sicherstellung der Qualität. Wenn ein bestimmter Eingriff zum Beispiel nur ein- oder

zweimal pro Jahr vorgenommen werde, könne es sein, dass die nötige Praxis oder Erfahrung fehle, so Pedrazzini und hielt fest: «Es geht hier um Gelder aus einer obligatorischen Sozialversicherung und die Behandlungen im Spital sind teuer. Da muss ein gewisses Niveau verlangt werden. Der Patient soll sich drauf verlassen können, dass der Auftraggeber», also der Staat, welcher Leistungsverträge abschliesst, im Gesundheitswesen

«Es geht um Gelder aus einer obligatorischen Sozialversicherung, da muss ein gewisses Niveau verlangt werden.»

MAURO PEDRAZZINI
GESUNDHEITSMINISTER

eine Mindestqualität durchsetzt.» Günstig komme den Staat dieser Qualitätsstandard jedoch nicht, betont Pedrazzini. Die Verfügbarkeit gewisser Fachleute und gewisser Ausrüstungen definieren natürlich auch ein bestimmtes Kostenniveau. «Hier sparen zu wollen, wäre aber falsch, denn der Zugang aller Versicherten zu einer qualitativ hochstehenden Versorgung ist essenziell für unser Gesundheitswesen», erklärte der Gesundheitsminister und fügte an, dass sich jedoch durch die Mindestfallzahlen auch Skaleneffekte und Erfahrungsvorteile für die Spitäler ergäben, welche letztlich zu Kosteneinsparungen führen könnten.

Ein Standard EU will die Regeln für Asylbewerber verschärfen

BRÜSSEL Die EU-Kommission will einheitliche Standards für die Behandlung von Asylsuchenden in der EU durchsetzen. Künftig sollen gemäss EU-Kommission «die Unterschiede bei den Anerkennungsraten von einem Mitgliedsstaat zum anderen» verringert werden, um so auch die unerlaubte Weiterreise von Asylbewerbern in andere EU-Länder zu verhindern. Konkret sollen Flüchtlinge bei Verstössen gegen Pflichten oder mangelnder Zusammenarbeit mit den Behörden künftig «zwingend» sanktioniert werden. Dies könnte bis zur Ablehnung des Asylantrags gehen. Die EU-Staaten sollen zudem künftig Asylbewerber inhaftieren können, die gegen «die Pflicht verstossen, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten» oder bei denen es «ein fortgesetztes Risiko» gibt, dass sie sich davonmachen.

Auf der anderen Seite sollen Asylbewerber EU-weit Anspruch auf einen kostenlosen Rechtsbeistand haben. Und der Zugang zum Arbeitsmarkt soll «spätestens nach sechs Monaten» gewährt werden, um die Abhängigkeit von Sozialleistungen zu verringern. Die EU-Kommission will auch einheitliche Verfahrensdauern in der EU durchsetzen. Entscheidungen über Asylanträge sollen in maximal sechs Monaten erfolgen. In Fällen, in denen kaum Chance auf Asyl besteht, soll die Frist auf ein bis zwei Monate verkürzt werden. Eine Verkürzung soll es auch geben, wenn ein Flüchtling «die Behörde mit falschen Angaben irreführt». Als Nächstes müssen die EU-Staaten und das EU-Parlament die Vorschläge der EU-Kommission gutheissen. (sda/afp/dpa)

8700 Tiere untersucht

Bei 30 Rindern wurde Tbc nachgewiesen

BREGENZ In Vorarlberg waren 2016 wesentlich mehr Rinder von Tuberkulose (Tbc) betroffen als zuvor. Bei insgesamt 30 Tieren von 13 Bauernhöfen konnte der Erreger nachgewiesen werden. 95 Rinder mussten getötet werden. Ein Betrieb bleibe gesperrt, teilte das Land Vorarlberg am Mittwoch mit. Dort könne aufgrund der Fristen erst im September die abschliessende Nachuntersuchung erfolgen. Insgesamt wurden in Vorarlberg in diesem Jahr 8700 Tiere von 706 Bauern aus 62 Gemeinden untersucht. Zusätzlich wurden weitere 930 «Kontakttiere» von 112 Landwirtschaften auf den Tbc-Erreger getestet. Dies wurde notwendig, wenn Rinder ausserhalb der Risikogebiete mit einem Bestand, der von Tbc betroffen war, in Kontakt kamen. (apa/sda)

Ausbau verzögert

Veraltete Technik als Grund für Zugunglück

ANDRIA Nach dem Zugunglück in Süditalien konzentrieren sich die Ermittlungen auf den technisch veralteten Streckenabschnitt. Der Ausbau auf zwei Gleise soll verschleppt worden sein, obwohl die Finanzierung stand. Zudem fehlt ein automatisches Kontrollsystem, die Bahnhofsvorsteher informieren sich per Telefon, wenn die Strecke frei ist. Beim Frontalzusammenstoss zweier Regionalzüge nördlich von Bari kamen mindestens 23 Menschen ums Leben. Wie viele Menschen vermisst wurden, war am Mittwoch, einen Tag nach dem Unglück, unklar. Der Zivilschutz wiederum gab die Zahl der geborgenen Todesopfer mit 25 an. Die Staatsanwaltschaft in der Stadt Trani ermittelt wegen mehrfacher fahrlässiger Tötung gegen unbekannt. (sda/dpa/afp)